

Empfehlungen der AG 2 zur Implementierung des Gewaltschutzes – Handlungsfelder zur Prävention und Schutz vor Gewalt im häuslichen Bereich

Stand: 15. Juli 2004

1. - Bereich: Ressourcen

Ziel	Aufgabe/Projekt	Verantwortlich	Zeitraumen	Erfolgte Umsetzung
Bedarfsgerechte Versorgung mit Beratungs-, Hilfe- und Schutzangeboten	Adäquate Finanzierung Entwicklung von Steuerungsverfahren und kommunaler Sozialplanung	Land, Kommunen und Kreise unter Einbindung der Frauenbeauftragten und der regionalen Arbeitskreise	laufend	
Landesweite Umsetzung der Empfehlungen der AG 2 Landespräventionsrat, Umsetzung des Landesaktionsplans	Sicherstellung von HH-Mitteln/Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle	HSM	sofort	2004 Ressortabstimmung zur Landeskoordinierungsstelle

2. - Bereich: Öffentlichkeitsarbeit

Ziel	Aufgabe/Projekt	Verantwortlich	Zeitraumen	Erfolgte Umsetzung
Prävention durch Aufklärung und Information zum Thema häusliche Gewalt und über die Schutzrechte der Betroffenen	Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit durch z.B. Broschüren, Videos, TV-Spots, Internet-Auftritte	Land, Kreise und Kommunen in Zusammenarbeit mit freien Trägern und regionalen Arbeitskreisen	laufend und sofort	Broschüren auf kommunaler Ebene seit 2003 intensiviert, Internet-Auftritte laufend
Möglichkeiten des polizeilichen Schutzes allgemein verständlich und transparent machen	Information für Betroffene und Hilfeeinrichtungen über Rolle und Aufgabe der Polizei - Bekanntgabe der Empfehlungen, Leitlinien u.ä. für die Polizei	HMdI und nachgeordnete Behörden	nach Verabschiedung der polizeieigenen Empfehlungen im Mai 2003 laufend	Internet-Veröffentlichung ab 2004; Teilnahme an Info-Veranstaltungen, Fachtagungen u.ä. laufend
Allgemeinheit und Fachkreise über das GewSchG und Änderungen des HSOG informieren	Durchführung von Informationsveranstaltungen	1. Vorrangig durch Verantwortliche und Akteure vor Ort 2. Mitglieder AG 2 Landespräventionsrat 3. Landeskoordinierungsstelle 4. Beratung und Unterstützung durch HSM, HMdI, HMDJ und nachgeordnete Behörden 5. LAG der Frauenhäuser und Beratungsstellen, Geschäftsstelle Limburg	laufend/Veranstaltungen werden landesweit bekannt gegeben	2003: ja 2004: ja

Öffentlichkeit über Tätigkeit der AG 2 Landespräventionsrat und regionalen Arbeitskreise informieren	<ul style="list-style-type: none"> • Internet-Auftritt aktualisieren, • Verbreitung der Empfehlungen der AG 2 Landespräventionsrat, • Teilnahme am Hess. Präventionstag 	HSM, Landeskoordinierungsstelle, Landespräventionsrat	ab 2003 laufend	ja
Fachöffentlichkeit zum koordinierten Vorgehen informieren	Regionale Arbeitskreise Fachtagungen Gespräche/Pressearbeit	regionale Arbeitskreise	laufend/Veranstaltungen werden landesweit bekannt gegeben	ja

3. - Bereich: Koordiniertes Vorgehen

Ziel	Aufgabe/Projekt	Verantwortlich	Zeitraumen	Erfolgte Umsetzung
Verbesserung der Intervention bei häuslicher Gewalt durch koordiniertes Vorgehen hessenweit sichern, Umsetzung der Empfehlungen vor Ort	Empfehlungen für Standards für lokale/regionale Koordination formulieren, Umsetzung der Empfehlungen vor Ort	AG 2 Landespräventionsrat, Landesregierung	Empfehlungen im Juli 2003 verabschiedet	Rückkoppelung mit regionalen Arbeitskreisen im Sommer 2003
siehe oben	Landesaktionsplan verabschieden und bekannt geben	AG 2 Landespräventionsrat, Landesregierung Kommunen und Kreise mit regionalen Arbeitskreisen, Unterstützung durch Landeskoordinierungsstelle	2003-2004 Abstimmung Landesaktionsplan; Fachtagung am 3.12.2004	2004 redaktionelle Ausarbeitung Landesaktionsplan durch AG 2 Landespräventionsrat; Ressortabstimmung Sommer 2004
Transparenz zum koordinierten Vorgehen erreichen	Öffentlichkeit herstellen über die Strukturen/Zuständigkeiten (z.B. durch Internet-Auftritte) ausbauen, Handreichungen zur Verfügung stellen, Beratung zur Organisations-/Prozessentwicklung	Landesressorts, Landeskoordinierungsstelle, Kreise und Kommunen	laufend	Umsetzung bisher in Form von Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere der kommunalen Arbeitskreise
Informationsaustausch zwischen Polizei und Gerichten optimieren	Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Übermittlung personenbezogener Daten durch die Gerichte an die Polizeibehörden im Zusammenhang mit der Bekämpfung häuslicher Gewalt	HMDJ/HMDI	Vorbereitung 2003	Gesetzgebungsverfahren Juni 2004 eingeleitet (§ 31 Abs. 2 Satz 5 HSOG - Entwurf)
Landesweite Koordinierung zur Umsetzung des Landesaktionsplans sicherstellen	Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle mit Sachverständigenbeirat	HSM, enge Abstimmung mit AG 2 Landespräventionsrat	2003/2004	<ul style="list-style-type: none"> • 2003 - Abstimmung mit AG 2 Landespräventionsrat • 2004 - Ressortabstimmung

Erfahrungsaustausch landesweit sicherstellen	Fachtagung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit GewSchG und HSOG aus Sicht der Arbeitskreise; ▪ Erfahrungsaustausch zur Interventionsarbeit, Vergleich der Praxismodelle, Rückkoppelung der Arbeitsergebnisse in AG 2 Landespräventionsrat mit regionalen Arbeitskreisen 	HSM, AG 2 Landespräventionsrat	(ursprünglich geplant war Oktober 2003); neue Planung: Fachtagung am 3.12.2004 - Bekanntgabe Landesaktionsplan -	s. Öffentlichkeitsarbeit
--	--	--------------------------------	--	--------------------------

4. - Bereich: Platzverweis nach HSOG

Ziel	Aufgabe/Projekt	Verantwortlich	Zeitraumen	Erfolgte Umsetzung
Ausführungsbestimmungen zu § 31 Abs. 2 HSOG	Erlass an Polizeibehörden; Handlungsleitlinien für die polizeiliche Praxis	HMdI, HLKA		Mai 2003 vorgelegt
Evaluation der Polizeipraxis	Erfahrungsaustausch in lokalen Arbeitskreisen und statistische Auswertungen	HMdI, HLKA, Landeskoordinierungsstelle, regionale Arbeitskreise	ab 2003 regelmäßig	

5. - Bereich: Zivilrechtliche Schutzmaßnahmen - Justiz

Ziel	Aufgabe/Projekt	Verantwortlich	Zeitraumen	Erfolgte Umsetzung
Information der Rechtsantragstellen über Verfahrensfragen nach GewSchG	Bereitstellung eines Merkblatts	HMdJ		herausgegeben I. Quartal 2003
Familien- und Amtsgerichte sind informiert über Gesamtgeschehen	Bereitstellen von Informationen (z.B. des Landesaktionsplans); s.a. Fortbildung	HMdJ	laufend	
Überprüfung der Wirksamkeit des GewSchG	<ol style="list-style-type: none"> 1. Evaluierung der gerichtlichen Entscheidungen 2. Erarbeitung von weiteren geeigneten Instrumenten zur Überprüfung der Wirksamkeit (z.B. Erfahrungsaustausch von Sonderdezernenten der Staatsanwaltschaften, Richterschaft in Straf- und Zivilgerichtsbarkeit) 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Forschungsvorhaben der Universität Bamberg im Auftrag des BMJ mit Unterstützung der hessischen Gerichte und Polizeibehörden 2. Landeskoordinierungsstelle 	<ol style="list-style-type: none"> 1. ab 2003 2. ab Herbst 2004 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Forschungsvorhaben Universität Bamberg 2003 angelaufen 2. Erfahrungsaustausch Sonderdezernat StA 1x/Jahr (seit Jahren)

6. - Bereich: Beratungs- und Unterstützungsangebote

Ziel	Aufgabe/Projekt	Verantwortlich	Zeitraumen	Erfolgte Umsetzung
Bedarfsgerechte Sicherung des Beratungs-, Hilfe- und Schutzangebots	Weiterentwicklung und Sicherung der Angebote auf Basis der kommunalen Sozialplanung	HSM, freie Träger, Kreise und Kommunen AG 2 Landespräventionsrat	laufend	Berücksichtigung bei Planung 2004 zur Kommunalisierung ab 2005
Qualifizierte Beratung gewährleisten	Fachliche Grundsätze/Leitlinien für Beratung von Frauen erarbeiten und beschließen	AG 2 Landespräventionsrat, Landesregierung durch Aktionsplan, freie und kommunale Träger	2003	Beschluss der Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser 2003; Anwendung seither in den hessischen Frauenhäusern; Aufnahme in Empfehlungen der AG 2 für einen Landesaktionsplan 2004
Einrichtung von Interventionsstellen	Finanzierung sichern, Konzept abstimmen (insbesondere pro-aktive Beratung) Akteur/innen auswählen	HSM, Kommunen, Kreise, AG 2 Landespräventionsrat, regionale Arbeitskreise	2003	Beginn der Förderung 1. Jahreshälfte 2004
Krisenintervention rund um die Uhr	Einrichtung regionaler Hotlines	HSM, Kommunen und Kreise, freie Träger	ab 2003	Hotlines bis 2004 vereinzelt umgesetzt

7. - Bereich: Gesundheit

Ziel	Aufgabe/Projekt	Verantwortlich	Zeitraumen	Erfolgte Umsetzung
Gewaltintervention im Gesundheitswesen - verbesserte gesundheitliche Versorgung der von Gewalt Betroffenen	Europäische Kooperation mit Rechtsmedizin, Aufbau eines multidisziplinären Netzwerks zwischen Gesundheitsberufen und zu Hilfseinrichtungen hin (DAPHNE-I-Projekt)	HSM	Konzeptionelle Phase 1. Halbjahr 2003, ab Herbst Umsetzung europaweit mit Modellvorhaben in Hessen	Projektbeginn Oktober 2003 - European Violence Prevention in Health Network
siehe oben	Impulse zur Vernetzung der örtlichen Arbeitskreise mit Gesundheitswesen lokal geben	HSM, AG 2 Landespräventionsrat in Kooperation mit den gesundheitspolitischen Verbänden, Hess. Netzwerk Gewaltintervention im Gesundheitswesen beim HSM, Gesundheitsämter, örtliche Arbeitskreise	ab 2002	2003 Bildung örtlicher AGs zu Gesundheit fast landesweit

siehe oben	Dokumentationsbogen	HSM, Hess. Netzwerk Gewaltintervention im Gesundheitswesen beim HSM, European Violence Prevention in Health Network (DAPHNE-I-Projekt)	2003-2004	Einführung auf Fachtagung und ins Netz gestellt seit Juli 2003, überarbeitet Mai 2004; landesweite Verbreitungsaktion 2004
Thematisierung von Gewalt in der Familie in der Ausbildung der Gesundheitsberufe	Vorlesungsreihe zu Gewalt in der Familie an medizinischer Fakultät	Universität Marburg, FB Humanmedizin, Institut für Sozialmedizin		Sommersemester 2003
Thematisierung von Gewalt in der Familie in Fortbildung der Gesundheitsberufe	Fortbildungsveranstaltungen, Fachaufsätze u.a.	HSM, Landesärztekammer, Hess. Netzwerk Gewaltintervention im Gesundheitswesen beim HSM	ab 2002	2002 Workshop, 2003 multidisziplinäre Fachtagung, Dokumentation in Arbeit
siehe oben	MultiplikatorInnen-Handbuch erstellen	Hess. Netzwerk Gewaltintervention im Gesundheitswesen beim HSM	2004	2004 in Arbeit

8. - Bereich: Zielgruppendifferenzierung

Ziel	Aufgabe/Projekt	Verantwortlich	Zeitraumen	Erfolgte Umsetzung
Umsetzung der Empfehlungen, zielgruppendifferenziert	Weiterentwicklung von Konzepten, Prioritäten setzen	HSM in Kooperation mit AG 2 Landespräventionsrat, Fachdiensten in Kommunen und Kreisen, freien Trägern, Gesundheitswesen	2005	
Verbesserung der Intervention bei mitbetroffenen Mädchen und Jungen	Information der Praxis über die Empfehlungen der AG 2 Landespräventionsrat	HSM in Kooperation mit AG 2 Landespräventionsrat, Kommunen und Kreisen, freien Trägern, Familiengerichten	ab 2003	Empfehlungen I. Quartal 2003 veröffentlicht, Diskussion zur lokalen Umsetzung ist angelaufen
Angebote für Mädchen und Frauen mit Behinderung	Auswertung des Ist-Zustandes und Weiterentwicklung bestehender Konzepte	siehe oben	2005	
Angebote für Migranten und Migrantinnen	Auswertung des Ist-Zustandes und eigene Standards entwickeln	siehe oben	2005	
Angebote für wohnungslose Frauen	Auswertung des Ist-Zustandes und eigene Standards entwickeln	siehe oben	2005	
Angebote für psychisch kranke Frauen	Auswertung des Ist-Zustandes und eigene Standards entwickeln	siehe oben	2005	
Angebote für männliche Opfer häuslicher Gewalt	Auswertung des Ist-Zustandes und eigene Standards entwickeln	siehe oben	2005	
Angebote für Täter und Täterinnen	Beteiligung Täterberatung verstärken/ Konzept erarbeiten	siehe oben	2005	

9. - Bereich: Aus- und Fortbildung

Ziel	Aufgabe/Projekt	Verantwortlich	Zeitraumen	Erfolgte Umsetzung
Sensibilisierung der Fachkräfte - Jugendämter - Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe	Aus- und Fortbildung Veranstaltungen durchführen; Referent/innenpool bilden	Land, Kommunen, Kreise, Vermittlung durch Landeskoordinierungsstelle	laufend	Angebote seit 2003
Fortbildung für hessische Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zu Gewalt im häuslichen Bereich	Fortbildungsangebote zu Gewalt in der Familie (über juristische Regelungen hinaus)	HMDJ	laufend	seit 2003 fortlaufend
Sensibilisierung der Gesundheitsberufe für Gewalt im häuslichen Bereich	Fortbildungsveranstaltungen	HSM, LÄK, Psychotherapeutenkammer, Pflegehochschulen, Fachbereich Humanmedizin	regionale Veranstaltungen fortlaufend	1. Fachtagung 12.7.2003; 2004 niedrigschwellige Fortbildungsveranstaltungen (medizinische Qualitätszirkel; Ärztinnenbund)
Hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, insbesondere Schutzpolizei	Ergänzung des bestehenden Aus- und Fortbildungsangebots durch Konzeption der Hessischen Polizeischule zur Umsetzung der neuen Rechtslage und der Handlungsleitlinien	Hessische Polizeischule/HMdI		1. Halbjahr 2003, nach Veröffentlichung des Anwendungserlasses zur Gesetzesänderung (§ 31 HSOG) und der Handlungsleitlinien